

NEWSLETTER Schwerpunkt „Wasser“ vom 22. März 2017

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,

zum heutigen „Tag des Wassers“ (22. März) möchte ich Euch/Ihnen einen Newsletter mit meinen aktuellen Anträgen zum Schwerpunkt Wasserschutz zusenden.

Als umweltpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion und als Bodenkundler ist mir der Schutz unseres Wassers ein besonderes Anliegen.

Vieles wurde besser in unserem Land, aber sehr viel ist noch zu tun, um eine Versorgung mit gesundem Wasser in guter Qualität für alle, auch die zukünftigen Generationen, sicherzustellen.

Das UN-Nachhaltigkeitsziel Wasser für alle ist weltweit noch längst nicht erreicht, und auch in Europa und in unserem Land gibt es Problembereiche, die uns noch für viele Jahre beschäftigen werden. Von Seiten der EU drohen Deutschland millionenschwere Strafzahlungen, wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie zum Schutz der Gewässer. Erst Mitte März hat das Land Baden-Württemberg einen Entschließungsantrag zur Novellierung der Düngeverordnung im Bundesrat eingebracht. Als „völlig unzureichend“ bezeichnet Umweltminister Franz Untersteller die vorgelegte Düngeverordnung der Bundesregierung, die allenfalls als erster Schritt gesehen werden kann. Die hohen Stickstoffeinträge aus der Landwirtschaft müssen reduziert werden. Auch haben wir seit vielen Jahren ein Problem mit der Phosphatdüngung.

Die Antworten auf meine Anträge geben hierzu im Folgenden einen guten Überblick.

Herzliche Grüße,

Euer/Ihr



Bernd Murschel



Nitratbericht 2016 - Auswirkungen auf Baden-Württemberg

Der Nitratbericht 2016 der Bundesregierung zeigt, dass die Belastung des Grundwassers mit Nitrat nach wie vor ein großes Problem darstellt. Hauptsächlich Quelle der teilweise sehr hohen Nitratgehalte im Grundwasser ist die Landwirtschaft über diffuse Einträge. Aus diesem Grund hatte die grün-geführte Landesregierung von Baden-Württemberg in der letzten Legislatur ein Düngeverbot in Gewässernähe erlassen. Bernd Murschel fragte in einem Abgeordneten Antrag hierzu die aktuelle Situation in Baden-Württemberg ab.

Die Antwort des Umweltministeriums (und nachrichtlich des Landwirtschaftsministeriums) finden Sie [hier](#).

Antrag zum aktuellen Stand der Wasserrahmenrichtlinie in Baden-Württemberg

Aus dem aktuellen Bericht des Bundesumweltministeriums an die EU-Kommission zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie geht hervor, dass lediglich knapp 8 Prozent der deutschen Gewässer in einem guten oder sehr guten Zustand sind. 34 Prozent der Gewässer sind dem Bericht zufolge in einem unbefriedigenden, 19 Prozent in einem schlechten Zustand.



Diesen Umstand nahm Dr. Bernd Murschel zum Anlass für einen Antrag. Mit dem Antrag soll über den aktuellen Zustand der Gewässer in Baden-Württemberg und den Umsetzungsstand bzw. über den noch verbleibenden Handlungsbedarf gemäß der Richtlinie in Baden-Württemberg informiert werden.

Zum Antrag mit der Antwort des Ministeriums geht es [hier](#).

Kein Fracking in Baden-Württemberg

Im Koalitionsvertrag hat sich die neue grün-schwarze Landesregierung für ein Verbot von Fracking zur Gewinnung von Erdöl und Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten, insbesondere im für die Trinkwasserversorgung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern zentral wichtigen trinationalen Bodenseeraum ausgesprochen.

Das Land Baden-Württemberg lehnt den Einsatz von umwelttoxischen Stoffen durch Fracking



ab. Das Land will sich dabei auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzen, dass das Bergrecht und das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes geändert werden. Dabei muss Fracking zur Gewinnung von Erdöl und -gas in Wasserschutzgebieten, Heilquellenschutzgebieten, im Einzugsgebiet von Talsperren und Seen, die unmittelbar zur Trinkwassergewinnung genutzt werden sowie im Einzugsbereich von Quellen, Brunnen und von allen Wasserentnahmestellen, deren Wasser in Lebensmitteln verwendet wird, und in Trinkwassergewinnungsgebieten der öffentlichen und privaten Wasserversorgung verboten werden.

In den wenigen, nicht risikobehafteten anderen Nutzungsgebieten setzt sich die Landesregierung für eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung mit entsprechender Bürgerbeteiligung vor jeder Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung von Erdöl und -gas mittels Fracking ein.

Hierzu stellte Dr. Bernd Murschel einen Antrag an die Landesregierung, dessen Beantwortung durch das Umweltministerium Baden-Württemberg nunmehr vorliegt. Die Antwort des UM finden Sie [hier](#).

Antrag Umweltverwaltung

Ein kürzlich erschienenenes externes Gutachten zur Umweltverwaltung in Baden-Württemberg veranlasste den umweltpolitischen Sprecher der Fraktion GRÜNE im Landtag, Dr. Bernd Murschel, einen konkretisierenden Antrag zur Situation der Umweltverwaltung, sowie zu möglichen Maßnahmen der Verbesserung zu stellen.

In der Zuständigkeit der Umweltverwaltung liegen landesweit die wichtigen Bereiche Immissionsschutz, Arbeitsschutz, Strahlenschutz, Wasserwirtschaft, Boden und Altlasten. Aus der Antwort der Landesregierung geht hervor, dass Baden-Württemberg im Ländervergleich bei der Personalausstattung in der Umweltverwaltung an letzter Stelle liegt. In Bayern diese Ausstattung sogar um 30 % höher ist. Die sehr effizient arbeitende baden-württembergische Umweltverwaltung kann ihre Aufgaben erfüllen, es soll jedoch im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe nach weiteren Verbesserungen gesucht werden.

Zur Antwort des Ministeriums geht es [hier](#).